

## Antrag

der Abgeordneten Scheibner, Bucher, Mag. Widmann, Huber

Kollegin und Kollegen

betreffend Mandat des österreichischen UNDOF-Kontingents

eingebraucht im Zuge der Debatte zum TOP 1 (Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 2315/A(E) der Abgeordneten Angela Lueger, Werner Amon, MBA, Kolleginnen und Kollegen betreffend die dramatische Situation in Syrien und deren Auswirkungen für die Region und auch für Europa (2422 d.B.))

Die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, das Mandat der österreichischen Blauhelme auf den syrischen Golan-Höhen zu beenden hat nun nach der Kritik von Seiten des BZÖ auch zu internationaler Kritik geführt.

Hatte der für Geheimdienste zuständige israelische Minister Juwal Steinitz zum Abzug der Österreicher noch gesagt: *„Wir sehen jetzt, was die österreichischen Streitkräfte auf den Golan-Höhen wert sind. Israel kann ausländischen Kräften nicht trauen, und manchmal, wie jetzt, ist ihre Präsenz bei Krisen eher ein Hindernis als eine Hilfe.“*, so schloss sich der US-Botschafter in Wien, William Eacho, dieser Kritik an mit der Aufforderung: *„Ich muss sagen: Die Ankündigung Österreichs, seine Soldaten zurückzuholen, hat mich enttäuscht; Österreich sollte seine Entscheidung noch einmal überdenken“*. Österreich habe seit 1974 exzellente Arbeit am Golan geleistet und sei lange Zeit ein herausragendes Vorbild für friedenserhaltende Operationen gewesen. Es gehöre zu jenen Staaten, die solche Aufgaben besonders gut erledigen können. Umso enttäuschender sei nun das Beispiel, das Österreich abgebe. Auch andere Länder könnten jetzt auch zögern, Soldaten zu schicken. *„Es könnte schwierig werden, Ersatz für den UNO-Einsatz zu finden“*, erklärte der US-Botschafter.

Die Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung, die österreichischen Blauhelme von den Golan-Höhen abzuziehen, regt sich also nicht nur in den Reihen der Opposition.

Noch vor der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 10. Juni 2013 hat sich das BZÖ für ein Überdenken des beschlossenen Golan-Abzugs ausgesprochen: Wenn das Gefährdungspotenzial für österreichische Soldaten so groß ist, dann hätte man sofort abziehen müssen; dass sich Österreich für den Abzug von den Golan-Höhen aber sechs Wochen, vielleicht auch länger Zeit lasse, lässt den Verdacht zu, dass man diesen Rückzug aus politischen Gründen angeordnet hat.

Natürlich hat die Sicherheit unserer Soldaten absoluten Vorrang, aber anscheinend ist die Gefährdung doch nicht so groß. Der Einsatz des österreichischen Kontingentes am Golan ist aber zu bedeutend, weshalb eine Abzugsentscheidung nicht leichtfertig und aus parteipolitischen Gründen getroffen werden darf. Zudem kann ein Abbruch dieser Mission einen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen! Im Vergleich der Situation mit dem Kosovo-Krieg, in welchem unsere Soldaten sogar in direkte Feuergefechte verwickelt waren, wäre keinem Menschen eingefallen, dass man diese zurückziehen soll.

Nach Ansicht des BZÖ muss Österreich mit der UNO in der Verhandlung treten, damit das Mandat der Mission geändert wird und die Truppen geschützt sind. Das Problem ist, dass unsere Soldaten nur über leichte Waffen verfügen und sich nur, wenn sie direkt angegriffen werden, verteidigen dürfen. Aus Sicht des BZÖ sollte daher die Entscheidung über einen Abzug oder Verbleib des österreichischen Kontingentes daran geknüpft werden, ob die UNO ein robustes Mandat erteile. Nur wenn diese Maßnahme verweigert wird, müsste man allenfalls die Entscheidung treffen, die Truppen zurückzuziehen.

Im Lichte dieser Überlegungen stellen die unterzeichnenden Abgeordneten daher folgenden

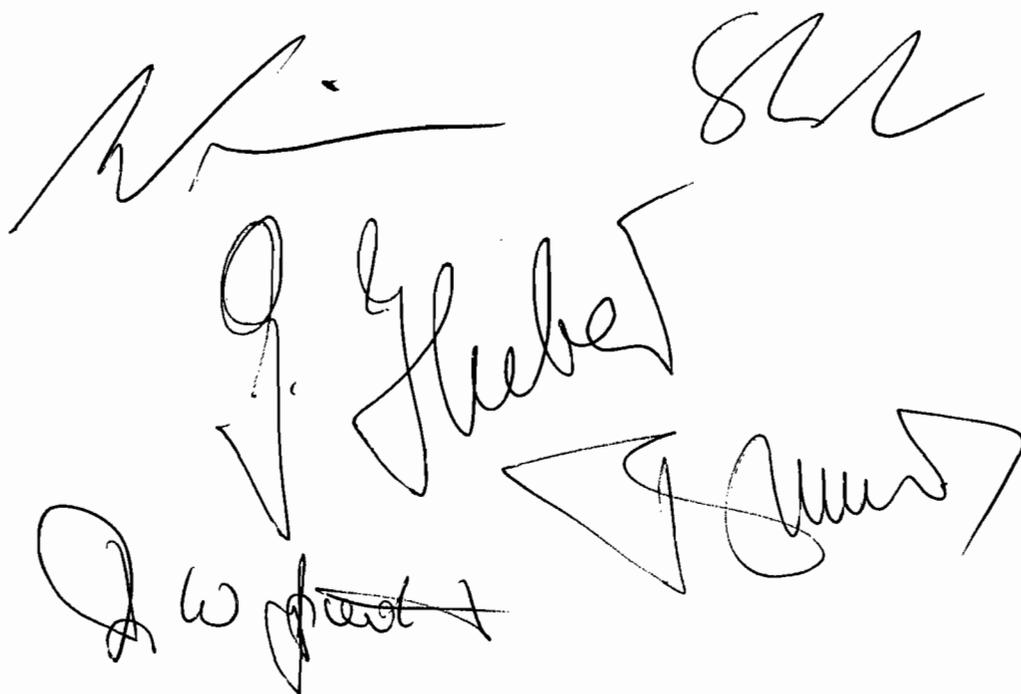
## Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, die österreichischen Truppen aus dem Golan nicht überstürzt und aus innenpolitischen Motiven abzuziehen, sondern zuerst die Lage nochmals zu prüfen und auf die UN-Institutionen und insbesondere auf die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einzuwirken, damit diese eine Verbesserung des Mandates - auch im Sinne der von Österreich im UN-Sicherheitsrat eingebrachten Resolution 1894 (Protection of Civilians) - und damit der Wirkungsmöglichkeiten der Truppe vor Ort herbeiführen.

Sollte dies nicht binnen der nächsten drei Monate möglich sein oder ein direkter militärischer Angriff eine tatsächliche Gefährdung der Truppe bedeuten, die diese nicht mehr beherrschen kann, wäre ein Abzug neuerlich im Nationalen Sicherheitsrat zu beraten und dann die Entscheidung zu treffen.“

Wien, am 13. Juni 2013



The image shows five handwritten signatures in black ink. The signatures are written in a cursive style. The names are: 1. A long, sweeping signature starting with 'A'. 2. A signature starting with 'S'. 3. A signature starting with 'G. G. Huber'. 4. A signature starting with 'D. W. Pfeiffer'. 5. A signature starting with 'J. Müller'.